

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A	
Einleitung	11
I. Untersuchungsgegenstand	11
II. Aufbau der Untersuchung	13
B	
Grundlagen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (§ 84 Abs. 2 SGB IX)	15
I. Entstehung der Vorschrift	15
1 Grundannahmen des SGB IX: Selbstbestimmung und Teilhabe	16
2 Einführung der Regelungen zum „Betrieblichen Eingliederungsmanagement“ in das SGB IX	19
2.1 Vorläufer der gesetzlichen Regelung	19
2.2 Gesetzgebungsverfahren	21
II. Regelungen zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (§ 84 Abs. 2 und 3 SGB IX)	25
1 Ziele des Betrieblichen Eingliederungsmanagements	25
2 Tatbestandliche Voraussetzungen	26
2.1 Persönlicher Anwendungsbereich	26
2.2 Sachlicher Anwendungsbereich	31
2.2.1 Dauer der Arbeitsunfähigkeit	31
2.2.2 Ursache der Arbeitsunfähigkeit	32
2.2.3 Tatsächliche Gefährdung des Arbeitsplatzes	33
2.2.4 Zustimmung des Arbeitnehmers	33
3 Rechtsfolge: Klärung der Möglichkeiten zum Arbeitsplatzzerhalt	33
3.1 Information des Beschäftigten über Ziele und Datenverwendung	33
3.2 Rahmenbedingungen für die Umsetzung	33

3.3	Zusammenwirken mit betrieblicher Interessenvertretung.....	34
3.3.1	Betriebe ohne Interessenvertretung.....	35
3.3.2	Betriebe mit einer in § 93 SGB IX nicht genannten Interessenvertretung.....	36
3.3.3	Betriebe mit einer in § 93 SGB IX genannten Interessenvertretung.....	38
3.3.3.1	Beteiligungsrechte des Betriebsrats.....	38
3.3.3.2	Zuweisungen aus § 84 Abs. 2 SGB IX.....	39
3.3.3.3	Mitbestimmungsrechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz.....	41
3.3.4	Beteiligungsrechte anderer Interessenvertretungen im Sinne des § 93 SGB IX.....	46
4	Schwerbehindertenvertretung.....	47
4.1	Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung beim Eingliederungsmanagement.....	47
4.2	Integrationsvereinbarung.....	48
5	Beteiligung des Beschäftigten.....	49
6	Zusammenwirken mit Werks- oder Betriebsarzt.....	50
7	Hinzuziehung externen Sachverstands.....	51
7.1	Örtliche gemeinsame Servicestelle.....	51
7.2	Integrationsamt.....	51
8	Prämien- und Bonusgewährung.....	51
8.1	Prämien.....	52
8.2	Bonus.....	52
8.3	Zuwendungsvoraussetzungen.....	52
9	Rechtsfolgen bei Nichtdurchführung des Eingliederungsmanagements.....	52
9.1	Sanktionen gegen den Arbeitgeber.....	53
9.2	Auswirkungen auf krankheitsbedingte Kündigungen.....	53
9.3	Mitwirkungspflicht des Beschäftigten.....	56

C	Betriebliches Eingliederungsmanagement in der gesetzlichen Unfallversicherung.....	59
I.	Grundzüge der gesetzlichen Unfallversicherung.....	59
II.	Bezüge zwischen Unfallversicherungsrecht und Behindertenrecht.....	60
1	Unfallversicherung als Rehabilitationsträger im Sinne des SGB IX.....	60
2	Prävention.....	61
2.1	Präventionsansatz des SGB IX.....	61
2.2	Präventionsansatz des SGB VII.....	61
III.	Betriebliches Eingliederungsmanagement als Präventionsaufgabe der Unfallversicherung.....	62
IV.	Konzepte und Angebote der Unfallversicherung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement.....	66
1	Angebote der Unfallversicherung auf Verbandsebene.....	67
1.1	Disability Management.....	67
1.2	Initiative Gesundheit und Arbeit.....	68
1.3	Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation.....	69
2	Angebote einzelner Unfallversicherungsträger.....	70
V.	Zusammenfassung.....	71

D	Aktivierender Wohlfahrtsstaat und Betriebliches Eingliederungsmanagement	73
I.	Konzeptionelle Grundlagen des aktivierenden Wohlfahrtsstaats	73
1	Aktivierender Staat	73
2	Der aktivierende Wohlfahrtsstaat	76
2.1	Subsidiaritätsprinzip	79
2.2	Stärkung der Eigenverantwortung (Hilfe zur Selbsthilfe)	80
2.3	Gegenseitigkeit der Leistungen (Fördern und Fordern).....	80
II.	Bezüge zwischen Betrieblichem Eingliederungsmanagement und aktivierendem Wohlfahrtsstaat	81
1	Schnittstelle Prävention und Rehabilitation	82
2	Subsidiaritätsprinzip und Eingliederungsmanagement	82
3	Eigenverantwortung und Eingliederungsmanagement.....	83
4	Gegenseitigkeit der Leistungen und Eingliederungsmanagement.....	85
5	Ergebnis.....	86
E	Resümee.....	87
F	Thesen	91
	Anmerkungen	93
	Literaturverzeichnis.....	125
	Danksagung.....	139